

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

71. Sitzung
25. Juni 2026

Beginn: 09.04 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Gute Arbeit hinter der Bühne – Arbeitsbedingungen
und Fachkräftesicherung in den Theaterwerkstätten
Berlins**

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0342](#)

ArbSoz

Hierzu führen wir eine Anhörung durch, und es freut mich sehr, dass wir drei Anzuhörende hier haben! Bei uns sind Frau Claudia Stritt, Mitglied der ver.di Betriebsgruppe der Volksbühne Berlin, sowie Herr Tom Streidl, Vorsitzender des Personalrats des Maxim Gorki Theaters, und er wird begleitet durch Herrn Robert Wolf, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Personalrats des Maxim Gorki Theaters. – Schön, dass Sie da sind! – Herr Wesener ist heute auch da und wird sich sicher zu Wort melden wollen. Darum frage ich jetzt schon mal in die Runde, ob es Widerspruch gibt. – Nein, das ist nicht der Fall. Dann können Sie sich hier heute als zusätzliches, fünftes Mitglied der Grünen melden und einbringen. – Kann ich davon ausgehen, dass das Wortprotokoll gewünscht ist? – Das ist so. Dann machen wir das so. – Dann kommen wir auch schon zur Begründung des Besprechungsbedarfs. – Bitte schön, Herr Meyer!

Sven Meyer (SPD): Gute Arbeit in Landesbetrieben, das haben wir hier schon mehrfach in verschiedenen Varianten gehabt, und immer auch andere Senatsverwaltungen dazu eingeladen. Das ist einer der wichtigen Punkte und Themen dieses Ausschusses. Ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, und es zeigt auch, dass wir als Koalition diesen Punkt sehr wichtig finden und auch immer wieder aufgreifen.

Aktuell muss man sagen: Es gibt viel Verunsicherung in den Belegschaften der Theater. Das hat viele Gründe, jetzt beispielsweise die Kündigung des Mietvertrages, was die Werkstätten anbelangt. Wir haben aber auch Diskussionen in der Presse, wo es auch um die finanzielle Situation überhaupt und am Gorki Theater geht, was natürlich miteinander zusammenhängt. Die Diskussion, die Verunsicherung, die dort ist, da ist die Frage: Wie geht es überhaupt weiter? Wie geht es weiter mit den Mitarbeitenden? Haben Sie noch Stellen? Kommt es zu Entlassungen? Wo arbeiten Sie? Kommt es zur Ausgründung? – und so weiter.

Gerade die Verunsicherung in der Gesellschaft, das erleben wir aktuell in allen Bereichen, führt zu viel Frust, führt zur Radikalisierung. Umso wichtiger ist es, Perspektiven aufzuzeigen. Umso wichtiger ist es, Sicherheit zu geben. Genau dafür sind wir heute hier, und da freue ich mich sehr, dass dann auch die zuständigen Senatsverwaltungen von Kultur und Finanzen hier sind! – Herzlichen Dank! – Ich glaube, nur so können wir Perspektiven und Sicherheit aufzeigen, und deswegen ist die Anhörung heute so wichtig. Ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden und bei den Senatsverwaltungen und freue mich auf diesen Austausch!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Meyer! – Dann kommen wir zur einleitenden Stellungnahme des Senats. – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sie haben gerade im Bericht des Senats, aber auch bei den Fragen schon mitbekommen, dass Sie hier im

Ausschuss Arbeit und Soziales bei einer Verwaltung gelandet sind, die dem Thema Gute Arbeit, aber auch der Stärkung von Mitbestimmung und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen von Beschäftigten, einen sehr hohen Stellenwert beimisst. Deswegen schauen wir hier – auch mit dem, was der Abgeordnete Meyer gesagt hat, gerade was die Verunsicherung angeht – der heutigen Anhörung mit großem Interesse entgegen und freuen uns, dass Sie heute zu dritt hier sind, um da auch einen Einblick zu geben. Ich würde das erst mal aus unserer Sicht so belassen, da tatsächlich meine beiden Kolleginnen und Kollegen hier sind, die primär zuständig sind, und ich darf meiner Kollegin jetzt auch das Wort übergeben.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Sie dürfen.

Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski (SenKultGZ): Guten Tag, meine Damen und Herren! Gute Arbeitsbedingungen – das hat meine Kollegin schon gesagt – und die Sicherung von Fachkräften liegen dem Land Berlin überall am Herzen, selbstverständlich auch in den Theatern unseres Landes. Wir sichern derzeit die Fachkräftebasis in den Werkstätten aller Theater, unter anderem auch durch die Bereitstellung von Ausbildungszuschüssen bis zu einer Höhe von 50 Prozent für bereits laufende Ausbildungsverhältnisse. Dadurch wird gezielt in die Ausbildung und die langfristige Fachkräftesicherung investiert. Außerdem werden die Beschäftigten selbstverständlich nach Tarif bezahlt, und das schafft schon gute und verlässliche Arbeitsbedingungen. Tarifsteigerungen werden, soweit möglich, durch das Land Berlin ausgeglichen. Damit leistet das Land Berlin einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Qualität und Beschäftigung an den Berliner Theatern.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank für die einleitende Stellungnahme! – Dann kommen wir zu unseren Anzuhörenden. – Welche Reihenfolge haben Sie vereinbart?

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Ich fange an, und dann macht Frau Stritt weiter.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Sehr gerne. – Kurz vorab nur der Hinweis, so ungefähr fünf Minuten, wenn es deutlich darüber hinausgeht, bekommen Sie einen Hinweis. Im Anschluss haben die Abgeordneten die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen, auf die Sie dann selbstverständlich ausführlich antworten dürfen. – Bitte schön!

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Sehr geehrte Abgeordnete! Zunächst möchten wir uns im Namen aller Kolleginnen und Kollegen am Maxim Gorki Theater und an der Volksbühne für die Gelegenheit bedanken, vor diesem Ausschuss über die aktuelle Situation an unseren Häusern zu sprechen. Einige von Ihnen fragen sich vielleicht, warum wir vor diesem Ausschuss sprechen und nicht vor dem Kulturausschuss. Sicher hätten wir auch dort einiges zur aktuellen kulturpolitischen Situation in Berlin zu sagen. Heute wollen wir, meine Kolleginnen und Kollegen und ich, aber vor allem über die Auswirkungen der Berliner Kürzungspolitik auf den Kulturbetrieb und auch über die Auswirkungen auf die Arbeit an unseren Häusern sprechen.

Da wir sowohl Werkstattangehörige, Personalvertreterinnen und Personalvertreter als auch Gewerkschaftsmitglieder sind, werden wir versuchen, diese Perspektiven auch einzubringen, um ein möglichst vollständiges Bild zu vermitteln. Da es in der kurzen Redezeit nicht wirklich möglich sein wird, freuen wir uns über Nachfragen im Anschluss, die wir dann gern ausführlicher beantworten.

Ich wollte noch mal ganz kurz etwas zur Zeit sagen: Ich habe wirklich versucht, den Redebeitrag möglichst kurz zu halten. Aufgrund der Komplexität der aktuellen Situation und auch im Allgemeinen werde ich wahrscheinlich zwei Minuten überziehen, weil ich Sie hier abholen will, weil ich weiß, dies ist nicht der Kulturausschuss, und Sie sind vielleicht nicht so im Thema, wie das im Kulturausschuss der Fall wäre, und deswegen werde ich einfach ein bisschen weiter ausholen. – Danke!

Erst einmal zur Ausgangslage: Bei einem Anteil des Kulturetats am Berliner Landeshaushalt von aktuell nur noch 1,9 Prozent soll der Kulturbereich circa 10 Prozent des gesamten vom Senat beabsichtigten Einsparvolumens erbringen, eine absurde Größe angesichts der Bedeutung der Kultur für diese Stadt. Jeder zehnte Arbeitnehmer in Berlin arbeitet im Kulturbereich. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kulturbetriebe bildet sich nicht in Ticketeinnahmen ab, und sie lässt sich auch nicht – wie in letzter Zeit häufiger geschehen – auf Berechnungen herunterbrechen, wie viel ein Sitz im Theater kostet. Ein großer Teil der Besucher kommt wegen des einzigartigen Kulturangebots nach Berlin. Was dies allein für die Hotels und Gastronomiebetriebe in der Stadt bedeutet, liegt auf der Hand.

Anstatt diesen Beitrag anzuerkennen, der oft unter prekären Arbeitsbedingungen erbracht wird, um zumindest dafür zu sorgen, dass die teils über Jahrzehnte gewachsenen und funktionierenden Strukturen erhalten bleiben, hat die Kürzungspolitik des Senats dazu geführt, dass massiv Atelierflächen und Räume für die Kunstproduktion verloren gehen oder bereits verloren gegangen sind.

Wenn wir vom Berliner Kulturbetrieb oder wie es oft heißt der Berliner Kulturlandschaft sprechen, dann meinen wir nicht nur die großen und renommierten Museen, Theater und Opernhäuser in dieser Stadt; das alles haben andere Städte auch. Wir meinen auch und vor allem das, was sie so einzigartig macht, die Freie Szene, das heißt die kleinen Ateliers, die freien Kinder- und Jugendtheater und so weiter, die den Nährboden für all das bieten, was wir als Berliner Kulturlandschaft bezeichnen und die aktuell wohl am meisten unter der Kürzungspolitik des Berliner Senats leiden.

Auch wir, die Beschäftigten an den Landestheatern, spüren diese Auswirkungen und befürchten massive Einbußen, was die Qualität und die Sicherheit unserer Arbeitsplätze betrifft. Aktuell stehen dabei vor allem die hauseigenen Werkstätten des Maxim Gorki Theaters im Fokus der Aufmerksamkeit. Wie viele von Ihnen wahrscheinlich durch die Medien erfahren haben, hat der Bühnenservice der Stiftung Oper, in dessen Produktionsgebäude die Gorki-Werkstätten untergebracht sind, den seit 2011 bestehenden Mietvertrag mit dem Gorki zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt. Hintergrund ist die Forderung des Bühnenservice beziehungsweise der Stiftung Oper, dass das Gorki ab 2027 statt des ursprünglich vereinbarten symbolischen Mietpreises von 1 Euro zuzüglich Betriebskosten plötzlich 160 000 Euro Miete zahlen soll. Die Weigerung unserer Hausleitung, diesen Preis zu bezahlen, hat vor allem damit zu tun, dass diese erwartbaren Mehrkosten nicht wie in solchen Fällen üblich im Haushalt abgebildet wurden, sondern aus dem ohnehin bereits durch die Kürzungen belasteten künstlerischen Etats des Gorki bestritten werden sollten. Daniel Wesener hat im letzten Kulturausschuss angesichts dieses Vorgehens von der eklatanten Ungleichbehandlung eines Landestheaters gesprochen. Wir stützen diese Einschätzung. Dies alles, obwohl der Senatskulturverwaltung spätestens seit Dezember 2025 bekannt war, dass der Bühnenservice den Mietvertrag für

die Gorki-Werkstätten neu verhandeln will. Immerhin war es die mittlerweile zurückgetretene Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson, die Vorsitzende eben jener Senatskulturverwaltung, die dem Bühnenservice auf Anfrage des Geschäftsführers genehmigt hat, den Mietvertrag neu zu verhandeln, versehen auch mit der Genehmigung zur Kündigung des Mietverhältnisses bei Nichteinigung.

Das alles ist auch vor dem Hintergrund der Debatten um eine mögliche Rechtsformumwandlung der Berliner Theater zu betrachten, gegen die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen seit März 2025 protestiert haben. Dass der Bühnenservice die Mietforderung just in dem Augenblick erhob als ein von der SenKultGZ in Auftrag gegebenes Gutachten über Synergieeffekte bei den Berliner Sprechtheatern begann, ist kein Zufall, würde eine Mieterhöhung doch die Werkstattkosten für das Gorki erhöhen und eine Integration in den Bühnenservice zumindest wahrscheinlicher machen. Dass sowohl Sarah Wedl-Wilson als auch ihr Vorgänger, Herr Chialo, diese Zwangsfusion mit dem Bühnenservice, den sie gern als Best Practice Beispiel herangezogen haben, für eine gute Idee hielten, darüber bestehen mittlerweile unsererseits keinerlei Zweifel mehr. In der Vergangenheit gab es bereits mehrere Versuche, auf Betreiben des Generaldirektors der Stiftung die Gorki-Werkstätten in das Gesamtkonzept des Bühnenservice zu integrieren. Jedes Mal wurde dieses Ansinnen nach Prüfung aus klaren, künstlerischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt. Es war im Jahr 2010 politischer Wille, dass die Werkstätten des Gorki-Theaters in den damals neu eingerichteten Räumen des Bühnenservice zu den bereits genannten Bedingungen unterkommen sollten, obwohl es bereits Überlegungen gab, eine langfristige separate Lösung für die Gorki-Werkstätten zu finden. Angesichts dieser Vorgeschichte finden wir es grundsätzlich fraglich, weshalb der Bühnenservice dem Gorki gegenüber überhaupt als Vermieter auftritt. Immerhin handelt es sich sowohl beim Gorki als auch beim Bühnenservice um vom Land Berlin finanzierte Einrichtungen. Diese damals aus Zeit- und Kostengründen getroffene Entscheidung war von Anfang an weder für den Bühnenservice noch für die Werkstätten des Gorki eine gute und auf lange Sicht tragfähige Lösung. Es war eine Notlösung, die seit nunmehr 15 Jahren andauert.

Dass der aktuell amtierende Finanz- und mittlerweile dritte – ich will das mal bemerken – Kultursenator, Stefan Evers, sich im Zusammenhang mit der Mietvertragskündigung auf der Hoffnung ausruht, dass die Parteien sich schon einigen werden, ist aus unserer Sicht schon einigermaßen kurios und setzt einem ohnehin schon absurden Vorgang endgültig die Krone auf. Ich will das noch mal kurz verdeutlichen: Bereits als Finanzsenator hatte Stefan Evers qua Stiftungsgesetz einen Sitz im Stiftungsrat inne, hätte also zumindest über die Vorgänge Bescheid wissen müssen. Nun hat dieser Stiftungsrat, dessen Vorsitzender er in seiner Funktion als Kultursenator mittlerweile ist, beschlossen, den Mietvertrag des Bühnenservice mit dem Gorki zum Ende dieses Jahres zu kündigen. Dass er die Lösung dieser absurden Situation, die er und seine Amtsvorgängerin eigenhändig heraufbeschworen haben – nämlich, dass hier ein Landesbetrieb zugunsten eines anderen Landesbetriebes offen benachteiligt wird –, nun großmütig eben diesen beiden Landesbetrieben überlässt, empfinden wir, offen gesagt, als Skandal. Im Übrigen ist die Kündigung des Mietvertrages erst gültig, wenn der Vorsitzende der Senatskulturverwaltung, der – wer hätte es gedacht – Stefan Evers heißt, diese Kündigung schriftlich bestätigt. Wir können den Kultursenator also nur bitten, in sich zu gehen und dem Finanzsenator klarzumachen, dass eine Kündigung des Mietvertrags den Spielbetrieb des Gorki bedroht, für dessen Aufrechterhaltung er verantwortlich ist. Als Finanzsenator kann er anschließend wiederum dem Kultursenator ausreden, die Werkstattmiete des Gorki zu erhö-

hen, da er diese wiederum durch Landesmittel ausgleichen müsste, wodurch er seiner Pflicht als Finanzsenator, finanziellen Schaden von Berlin abzuwenden, nicht nachkommen würde. Der Versuch, das Gorki durch die Kündigung der Werkstattflächen zum Jahresende in eine Zwangslage zu bringen, hat tatsächlich den Kultur- und Finanzsenator in eine Zwangslage gebracht, aus der er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Senatskulturverwaltung selbst quasi per Federstrich befreien könnte, indem er die Kündigung zurücknimmt und vorerst den Status quo wiederherstellt. Wie er diese Situation löst, bleibt abzuwarten.

Ich will jetzt darauf eingehen, welche erwartbaren Konsequenzen eine Zusammenlegung der Werkstätten von Gorki und Volksbühne für die Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten im Speziellen und für die Arbeit in den Gewerken an den Landestheater im Allgemeinen hätte. Bei einer Ausgliederung der Gorki-Werkstätten aus dem künstlerischen Betrieb und einem Anschluss an den Bühnenservice drohen nicht nur Verschlechterungen für die dort nach dem TV-L beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, für viele der nach dem sogenannten Normalvertrag Bühne oder noch weitaus prekäreren Arbeitsverträgen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen würde eine solche Zusammenlegung ganz einfach gesagt den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten. Durch eine Klausel im Normalvertrag Bühne kann der Vertrag jährlich durch das Aussprechen einer Nichtverlängerung aufgehoben werden. Dass die Stiftung diese Möglichkeit des Personalabbaus nutzen würde, ist naheliegend. Auch viele der Kolleginnen und Kollegen in unseren Werkstätten arbeiten nach dem Normalvertrag Bühne, der aus Sicht der Personalvertretungen oft missbräuchlich angewendet wird.

Was den nach dem Tarifvertrag des Landes Beschäftigten in den Werkstätten drohen würde, haben wir seitens der Personalvertretungen der Berliner Landestheater mehrfach als Tarifflucht durch die Hintertür beschrieben.

Was genau meinen wir damit? – Weil es der Stiftung Oper laut Stiftungsgesetz jederzeit möglich ist, im Bühnenservice und im Übrigen auch die künstlerischen Betriebe hinsichtlich ihrer Rechtsform umzuwandeln, also in gGmbHs, im Falle des Bühnenservices vorzugsweise in eine GmbH, sehen wir unsere durch den TV-L tariflich garantierten Arbeitnehmerrechte eindeutig in Gefahr. Ich möchte an dieser Stelle auch darauf verweisen, dass die Stiftung Oper ihren Beschäftigten nach wie vor die Zahlung der Hauptstadtzulage verweigert, weil in den Betrieben der Stiftung der TV-L-Stiftung Oper gilt, bei dem es sich um einen Anwendervertrag handelt, der lediglich die Mitnahme von Tarifsteigerungen garantiert.

Eine drohende Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen lässt sich auch daraus ersehen, dass neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Bühnenservice zu schlechteren Bedingungen eingestellt werden als die zum Zeitpunkt der Stiftungsgründung bereits an den Häusern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das betrifft vor allem die Eingruppierung in den Entgeltgruppen. Aus der Perspektive der Personalvertretung, der Gewerkschaften und die in den Werkstätten tätigen Kolleginnen und Kollegen wehren wir uns entschieden gegen eine solche Ungleichbehandlung und Aushebelung des berechtigten Anspruchs auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Sie sind bei fast zehn Minuten. Bitte kommen Sie zum Punkt.

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Okay! – Ich gehe noch kurz darauf ein: Anders als von der Kultursenatorin a. D. in der Vergangenheit mehrfach behauptet, würde die Überführung des Werkstattpersonals in die Stiftung keineswegs bedeuten, dass die Arbeitsverträge automatisch weiterhin ihre Gültigkeit besitzen.

Dann überspringe ich das und komme zum Punkt: Wir sind der Meinung, dass gute Kunst nur durch gute Arbeit entsteht. Gute Arbeit braucht Wertschätzung. Wir sind es leid, uns für unsere Arbeit zu rechtfertigen und Abwehrkämpfe gegen Ausgliederungs-, Rechtsformumwandlungs- und Übernahmepläne des Senats zu führen, statt an der Zukunftsfähigkeit unserer Häuser zu arbeiten. Wir alle leisten gute und wertvolle Arbeit für unsere Theater. Eine Zentralisierung der Theaterwerkstätten beim Bühnenservice würde sich nicht nur in künstlerischer Hinsicht negativ auswirken, sondern auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Theater im Werben um dringend benötigte Fachkräfte.

Eine Ausgliederung der letzten hauseigenen Werkstätten der Landestheater wäre gleichzeitig eine Ausgliederung der Theaterhandwerker und der Ausbildung in diesen Berufen aus dem öffentlichen Dienst. Sie würde die Entscheidung über die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen in den Berliner Theaterwerkstätten einem einzigen Arbeitgeber überlassen. Wir hoffen, dass die zukünftigen Regierenden dieser Stadt den Mut aufbringen, in einem echten Dialog mit den Mitarbeitervertretungen der Berliner Landestheater langfristige Lösungen zu suchen, statt permanent den Wert unserer Arbeit in Frage zu stellen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Kommen Sie bitte zum Punkt. Sie sind bei elf Minuten!

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Dann komme ich jetzt zum Punkt und übergebe an meine geschätzte Kollegin Claudia Stritt. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke schön! – Frau Stritt!

Claudia Stritt (ver.di Betriebsgruppe Volksbühne): Es gibt eine Idee vom Maxim Gorki Theater und der Volksbühne, weil wir in einer ähnlichen Situation sind. Ich möchte diese kurz ausführen. Es geht um ein gemeinsames Werkstatt- und Probenzentrum.

Bevor ich genauer darauf eingehe, möchte ich Sie kurz mitnehmen, wie Sprechtheater überhaupt funktioniert. Die Volksbühne und das Maxim Gorki Theater sind beide Sprechtheater. Die Produktionsabläufe unterscheiden sich deutlich von denen in Opern- oder Musicalhäusern. Die Produktionen dort haben meistens einen Vorlauf von zwei Jahren. Wir arbeiten mit einem Produktionsvorlauf von drei Monaten in den Werkstätten, in der Kostümabteilung etwa von acht Wochen. Gleichzeitig betreuen wir weiterhin den laufenden Spielbetrieb und die Stücke, machen Reparaturen, Umbesetzungen, alles, was nötig ist. Wir haben also ziemlich viel zu tun, mit hohem Zeitdruck.

Die Ausgangsposition für dieses gemeinsame Probe- und Werkstattzentrum liegt darin, dass die beiden Theater Proberäume in der Hauptstraße in der Rummelsburger Bucht angemietet haben. Die Mietverträge laufen 2029 aus. Dann sind beide Häuser gezwungen, neue Räumlichkeiten für den Probetrieb anzumieten. In der aktuellen Berliner Immobilienlage ist dies mit erheblichen Kosten verbunden. Zudem sind geeignete Räume schwer zu finden, da besondere Anforderungen bestehen: ausreichende Höhe für Bühnenbilder und Aufbauten, Lagerflächen für Licht-, Ton- und Bühnentechnik, Flächen für Requisiten und Kostüme, gute Anlieferungs- und Transportmöglichkeiten sowie Platz für einen ausreichenden Kostümfundus. Keines der beiden Häuser verfügt an seinen eigentlichen Spielstätten über ausreichend Raum, um diese Anforderungen vollständig abzudecken.

Die gemeinsame Vision: Aus dieser Situation heraus entstand die Idee eines gemeinsamen Gebäudekomplexes auf dem landeseigenen Gelände in der Thulestraße, auf dem sich bereits die Theaterwerkstätten der Volksbühne befinden. Das Ziel ist die Zusammenführung von Probebühnen, Werkstätten, Lagerflächen, Ausbildungs- und Sozialbereichen unter einem Dach. Zu diesem Vorschlag liegt bereits eine Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Gerkan, Marg und Partner vor. Darüber hinaus wurde ein Initiativantrag über den HPR bei der Kulturverwaltung eingereicht.

Die Vorteile für die künstlerische Arbeit: direkter Austausch zwischen Regie, Ausstattung, Kostüm, Werkstätten und Ensemble, schnellere Kommunikationswege, kürzere Reaktionszeiten bei Änderungen während der Proben, effizientere Umsetzung von Anpassungen von Bühnenbildern und Kostümen, vereinfachte Logistik zwischen Werkstätten, Probebühnen und Spielstätten, flexible Nutzung der Probebühnen für unterschiedliche Produktionen. Die Vorteile für die Beschäftigten: gemeinsame Sozialräume fördern Austausch und Zusammenarbeit, Nutzung von Spezialabteilungen durch beide Häuser, beispielsweise für Kostüme, Malerei oder die Dekorabteilung, gegenseitige Unterstützung des Personals in Produktionsspitzen, gemeinsame Haustechnik und effizientere Ressourcennutzung, Ausbau von Fortbildung, Schulung und Spezialisierung, gemeinsame Ausbildungsangebote inklusive Ausbildungsmöglichkeiten, Erhalt von Handwerk und Fachwissen.

Die Theaterwerkstätten bewahren traditionelle Handwerksberufe und hochspezialisierte Fähigkeiten. Diese sind unverzichtbar für die Umsetzung anspruchsvoller Inszenierungen. Das

Herrenschneiderhandwerk wurde 2026 als immaterielles Kulturerbe der UNESCO anerkannt. Dieses Wissen muss erhalten und an kommende Generationen weitergegeben werden. Die Gewerke bilden die Grundlage künstlerischer Arbeit und verdienen entsprechende Anerkennung und Bezahlung. Qualität muss dabei stets vor Quantität stehen.

Familienfreundlicher und moderner Arbeitgeber: Das gemeinsame Zentrum bietet die Chance, neue Maßstäbe als Arbeitgeber zu setzen. Geplant sind: Kinderbetreuung, Notfallbetreuung bei Abend- und Wochenenddiensten, Ferienbetreuung, Stillräume, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen, Förderung von Jobsharing in allen Bereichen, Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Care-Verantwortung, familienfreundliche Führungskultur, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Anstreben des Zertifikats „audit berufundfamilie“, höhere Attraktivität der Theater als Arbeitgeber und bessere Personalgewinnung

Internationale Zusammenarbeit und Mobilität: Integration von Gästewohnungen für Gastkünstlerinnen und Gastkünstler, Regieteams und neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Einsparungen bei externen Unterkunftskosten, Unterstützung internationaler Kooperationen, Erleichterung von Mobilität und Personalgewinnung.

Nachhaltigkeit: barrierefreie Gestaltung des gesamten Komplexes, Installation einer Photovoltaikanlage, nachhaltige Nutzung gemeinsamer Ressourcen, effiziente Flächennutzung durch die Bündelung von Funktionen an einem Standort. Es geht noch um die Unterstützung der freien Szene.

Das Schlusswort kommt noch: Dieses Vorhaben ist weit mehr als ein Neubauprojekt. Es ist die Vision eines modernen Kultur- und Arbeitszentrums, ein Ort, der künstlerische Qualität, nachhaltige Infrastruktur, soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft miteinander verbindet. Ein zukunftsfähiges Modell, das über die klassische Produktionslogik hinausgeht und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ein Projekt, das den öffentlichen Kultursektor nachhaltig stärkt und die Arbeit an unseren Theatern attraktiver, moderner und erfüllender macht. Seien wir mutig, wagen wir diesen Schritt! Das war es. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen lieben Dank! – Dann haben wir folgende Wortmeldungen bisher: Herr Valgolio, Herr Pätzold, Herr Wesener und Herr Meyer. Weitere Wortmeldungen sind herzlich willkommen. Herr Wapler kommt auch noch dazu. Dann machen wir es in dieser Reihenfolge. – Bitte schön, Herr Valgolio, Sie haben das Wort!

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für diesen Einblick aus der Realität der Berliner Kulturlandschaft, der nicht erfreulich ist! Jetzt sind wir hier nicht im Kulturausschuss. Ich würde trotzdem sagen – weil immer auch natürlich die Arbeitsbedingungen betroffen sind, wenn irgendwo gekürzt wird –, dass diese Kulturpolitik der schwarz-roten CDU-SPD-Koalition dramatisch ist. Noch nie wurde so viel im Kulturbereich gekürzt. Da wird eine Trümmerlandschaft hinterlassen, die nicht nur die Arbeitsbedingungen der Leute, die dort arbeiten, heftig bedroht, sondern auch einen riesigen Schaden für die gesamte Stadt anzurichten droht. Was diese Koalition im Kulturbereich anrichtet, ist unglaublich dramatisch.

Jetzt zum Konkreten: Was uns natürlich auch im Ausschuss Sorgen machen muss, ist das, was die Anzuhörenden angesprochen haben, nämlich dass der Mietvertrag für die Werkstätten des Maxim Gorki Theaters durch den Bühnenservice der Opernstiftung gekündigt worden ist. Herr Streidl hat dargestellt, dass diese Kündigung rechtlich nur durch die Zustimmung der Leitung der Kulturverwaltung möglich ist.

Deswegen meine erste Frage an die Kulturverwaltung – gut, dass Sie da sind! –: Vielleicht können Sie noch einmal darstellen, wie die Kündigung abgestimmt worden ist. Warum wurde die Zustimmung erteilt, dass die Kündigung gegenüber dem Gorki Theater für diese Räume ausgesprochen werden kann? Was sind jetzt die Vorschläge der Kulturverwaltung, wie das Maxim Gorki Theater damit umgehen soll? Es ist beschrieben worden, dass es eigentlich keine anderen Räume gibt, in denen das möglich ist. Was sind die Vorstellungen des Senats und der Kulturverwaltung, wie es jetzt weitergehen soll?

Zweite Frage: Es sind von den Anzuhörenden dramatische Zukunftsvisionen an die Wand gemalt worden, dass möglicherweise die Werkstätten komplett ausgegliedert werden sollen oder dass die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten der Werkstätten an die Stiftung überführt werden sollen. Deswegen meine klare Frage an die Kulturverwaltung: Gibt es da irgendwelche Pläne in diese Richtung? Sollen die Werkstätten komplett ausgegliedert werden? Sollen sie zusammengelegt werden? Sollen die Arbeitsverträge der dort Beschäftigten in irgendeiner Weise aus dem Theater selbst überführt oder ausgegliedert werden?

Dritte und letzte Frage: Es liegt auch ein Vorschlag der Beschäftigten auf dem Tisch, den Frau Stritt dargestellt hat, um einen Ausweg aus dieser vertrackten Situation zu finden, dass man die Werkstätten des Maxim Gorki Theaters mit den Werkstätten der Volksbühne in der Thulestraße zusammenlegt und das alles dort zusammenfasst. Ist das etwas, was in Frage kommt, oder gibt es vielleicht sogar schon Überlegungen in diese Richtung?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Herr Professor Dr. Pätzold, bitte schön!

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich möchte bewusst auch mit einer Einordnung beginnen. Ich bin Herrn Sven Meyer sehr dankbar, dass wir – das merkt man auch als Stärke der Koalition in einem Themengebiet, wo Anzuhörende hier sitzen, die uns sehr kritisch begleiten – diesen Tagesordnungspunkt angemeldet haben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren Sachstand mitzuteilen und auch ihre Sorgen und Ängste zu äußern. Jetzt bin ich kein Mitglied des Kulturausschusses und habe Ihnen sehr interessiert zugehört. Ich habe im Diskurs gelernt, dass man in ein Gespräch geht und sich überlegt, ob der andere vielleicht Recht hat, ob der andere Punkte nennt, die man noch nicht im Blick hatte, oder Argumente anspricht, die bedeutsam sind. Ich habe Ihnen sehr genau zugehört und habe mir bestimmte Begrifflichkeiten von Ihnen aufgeschrieben, die ich sehr interessant fand und die ich gerne mit Ihnen diskutieren und noch einmal freundlich nachfragen möchte.

Herr Streidl! Sie haben das Wort „volumfängliches Bild“ benutzt, dass wir auch ein volumfängliches Bild brauchen, deswegen auch die Eingangsworte, die Sie gewählt haben. Meine erste Fragestellung: Jetzt habe ich mir vorgestellt – auch aus dem, was Sie gesagt haben –, dass Ihr Wunsch durchaus sein kann, dass sich diese Koalition nach der Wahl verändert. Ich kann mir auch vorstellen, wie die danach aus Ihrer Sicht aussieht. Dann stehen Sie 2028/2029

da und wissen, dass 6 Milliarden Euro, vielleicht sogar 7 Milliarden Euro von etwa 44 Milliarden Euro des Landeshaushalts in Zukunft gespart werden müssen. Sie wissen natürlich als intelligenter Mensch auch, dass es absolut nicht möglich ist, das mit irgendwelchen Steuererhöhungen oder zusätzlichen Einnahmeverschiebungen für Menschen, die vermeintlich reich sind oder aus Sicht anderer reich sind, einzubringen. Dann ist die Frage auch nach Ihren Ausführungen für mich: Wenn da über 10 Prozent gespart werden sollen, welchen Beitrag wollen Sie dann dazu leisten, dass das Land Berlin und vor allem die zukünftigen Generationen noch Gestaltungsspielraum haben?

Die zweite Frage: Was mich wirklich berührt hat: Sie sprechen von prekärer Beschäftigung. Jetzt haben wir im Land Berlin von 2016 bis 2023 Senate erlebt, die Ihnen vielleicht persönlich sympathischer sind. Die haben Sie in eine Situation gebracht, dass wir heute prekäre Beschäftigung in Ihrem Bereich erleben können oder müssen. Wenn Sie das noch einmal ausführen könnten, wäre mir das sehr wichtig. Ich habe eigentlich immer sehr für Tarifverträge geworben. Klar gibt es da Unterscheidungen, auch bei Ihnen, aber wenn Sie dann noch einmal darstellen könnten, wie Sie zu dem Punkt kommen, dass Sie aktuell in prekärer Beschäftigung sind.

Den dritten Punkt, den ich ansprechen möchte: Ich möchte den Begriff „Zwangsfusion“ zurückweisen. Da gibt es historisch durchaus auch auf deutschem Boden Situationen, die wir so nicht erleben wollen. Wir erleben, dass über eine Fusion diskutiert wird – das ist im demokratischen Raum etwas, was auch absolut nachvollziehbar ist –, und es gibt eine Beauftragung eines externen Dienstleisters, der an der Stelle dabei ist, ein Gutachten zu erstellen. Mich würde interessieren, wie Sie sich daran beteiligen, dieses Gutachten auch aus Ihrer Sicht zu stärken, auch mit Ihren Argumenten, und es doch für uns alle sehr hilfreich ist, das Ergebnis dieses Gutachtens nicht vorwegzunehmen. Wie beurteilen Sie das?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Wesener, bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Ausschussmitglieder, dass ich hier etwas sagen darf! Ich freue mich natürlich, dass sich dieser Fachausschuss auch den wichtigen kulturpolitischen Themen annimmt. Ich glaube aber, dass das auch zu Recht hier Thema ist, weil es um Dinge geht, die letzten Endes auch den Kern Ihrer fachlichen Zuständigkeiten berühren. Es geht um gute Arbeit und Tariftreue – das wurde bereits gesagt –, es geht um betriebliche Mitbestimmung, Herr Pätzold, darüber reden wir gleich noch einmal, wir reden aber auch über Ausbildung. Das will ich hier nicht unerwähnt lassen: Unsere Werkstätten – das gilt sowohl für den Bühnenservice als auch für die Theaterwerkstätten – sind natürlich ganz wichtige Orte für die Ausbildung in den verschiedenen Gewerken.

Herr Professor Pätzold, wenn Sie mir einen Satz erlauben: Wir können auch gerne eine haushaltspolitische Diskussion führen, aber Sie haben es in drei Jahren geschafft, das strukturelle Defizit des Landeshaushalts von 1,5 Milliarden Euro auf 6 Milliarden Euro zu erhöhen, und setzen sich jetzt hier hin und argumentieren, das müssten leider die Theaterwerkstatt des Gorki oder der Kulturhaushalt kompensieren. Das ist jetzt sehr zugespitzt, aber das ist das zentrale Argument. Ich glaube, Sie merken: Da stimmt irgendetwas nicht. Wir reden hier konkret über 160 000 Euro. Inwieweit diese Summe geeignet ist, um das von Ihnen benannte strukturelle Defizit aufzulösen, glaube ich, wissen Sie selbst nicht.

Worum geht es, Herr Professor Pätzold und liebe Kolleginnen und Kollegen? – Es geht aus meiner Sicht an zwei Stellen um eine Ungleichbehandlung. Das hat Herr Streidl gesagt. Das ist auch der Punkt, den ich immer noch nicht verstehe und wo ich gerne nachfragen will: Sie wissen das vielleicht: Unsere öffentlichen Einrichtungen, die landesfinanzierten Einrichtungen, erhalten selbstredend ihre Infrastrukturkosten im Rahmen der Budgetierung finanziert. Das ist entweder das sogenannte Mieter-Vermieter-Modell im Rahmen der SILB- oder der BIM-Miete, oder es sind entsprechende Berechnungen bei Einrichtungen – das sind übrigens auch Rathäuser und Behörden –, die bei Privaten mieten. Private sind ein weites Feld. Das können beispielsweise auch privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Stiftungen sein.

Im Theaterbereich macht das keinen Unterschied. Bleiben wir ruhig bei unseren sogenannten Stadttheatern. Da haben wir beispielsweise das Berliner Ensemble. Auch das mietet bei einem Privaten, in diesem Fall einer öffentlich-privaten Stiftung. Und selbstredend, Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski, bekommt das Berliner Ensemble diese Kosten im Rahmen der Budgetierung ausgeglichen. Das gilt nicht nur für den Bau am Schiffbauerdamm, sondern auch für die andere Logistik. Wir müssen feststellen, dass hier an einer Stelle, und zwar beim Maxim Gorki Theater, anders verfahren wird. Hier wusste man nämlich bereits seit 2024 – das ist ja die letzte Auskunft der Kulturstatssekretärin –, dass dieser langjährige Vertrag ausläuft. Man hätte also Vorsorge treffen müssen im Gespräch mit der Finanzverwaltung und hätte bereits bei der Aufstellung des aktuellen Doppelhaushalts dieses Kostenrisiko abbilden müssen. Das ist nicht geschehen, das kann passieren, umso wichtiger wäre es, jetzt im Nachhinein zu sagen, für das Gorki gelten die gleichen Regeln wie für alle anderen öffentlichen Einrichtungen oder in diesem Fall Stadttheater, und wir kompensieren diese zusätzliche Miete von 160 000 Euro aus der Haushaltswirtschaft. Auch das ist ein ganz normaler Vorgang. Es sind überplanmäßige Ausgaben, und 160 000 Euro sind auch etwas, wo ich sagen würde: Auch innerhalb des Kulturetats kann man das haushaltswirtschaftlich lösen.

Sie, Frau Richter-Kotowski, haben unter anderem mir auf meine Schriftliche Anfrage mitgeteilt, dass das nicht geplant ist. Warum ist das ein Problem? – Das ist deswegen ein Problem, weil diese Koalition den Zuschuss an das Maxim Gorki Theater bereits in den letzten Haushaltsberatungen deutlich überproportional gekürzt hat: 850 000 Euro an regulären Kürzungen. Wenn jetzt die faktische Kürzung von 160 000 Euro dazu käme, sind das 1 Million Euro. Und jeder, der sich mit Theaterbetrieben auskennt, weiß, dass zwischen 70 und 80 Prozent von deren Budgets schlicht und ergreifend fix sind. Das sind die Personal- und Infrastrukturkosten. Das heißt: Jede Kürzung, jeder einzelne Euro, der gekürzt werden muss, geht zulasten des künstlerischen Budgets. Das hat Herr Streidl gesagt. Und ich frage mich nach wie vor: Warum diese Ungleichbehandlung? Ich bin kein Freund von Verschwörungstheorien, liebe CDU-Kollegin, aber es steht in der Tat der Eindruck im Raum, dass man dieser Idee der ehemaligen Kultursenatorin, nämlich einer Fusion der Werkstätten, auf diese Weise Nachdruck verleihen will. Da sage ich ganz deutlich: Ich finde, so geht man mit öffentlichen Betrieben nicht um.

Da bin ich bei meinem zweiten Punkt. Herr Professor Pätzold, ich weiß nicht, ob Sie es wissen – wir reden hier über einen LHO-Betrieb. Wir reden über einen Betrieb nach § 26 LHO. Sie reden hier mit landesunmittelbar Beschäftigten, und da ist es kein Gnadenakt zu sagen: Wir wollen mit denen irgendwie reden –, sondern das ist eine Frage der betrieblichen Mitbestimmung. Hier gilt das Personalvertretungsgesetz. Das will ich auch noch einmal ansprechen: Ich habe jetzt in zehn Jahren im Parlament noch nicht erlebt, dass ein Hauptpersonalrat

die Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes einklagen musste beziehungsweise gerichtlich einfordern musste. Das war hier der Fall. Sie haben sich zwischenzeitlich geeinigt, weil man vielleicht doch in der Kulturverwaltung mal ins Personalvertretungsgesetz geschaut und gesehen hat, dass das natürlich mitbestimmungspflichtig ist, was hier im Rahmen dieses Transformationsprozesses diskutiert wird. Ich bedaure das sehr. Ich glaube, auch da haben wir – ich spreche für uns alle – als Land Berlin als Arbeitgeber nicht gut ausgesehen, dass das erst mal eingefordert werden musste.

Und ich finde es ehrlich gesagt dann auch deplatziert, wenn von den Beschäftigten, von den Personalräten auch ein Vorschlag kommt, wo es, Herr Professor Pätzold, um Einsparungen geht, dieser vom Tisch gewischt und noch nicht einmal im Rahmen dieses Prozesses ventiliert wird. Beschäftigte schlagen Synergieeffekte vor. Das ist konkret das Projekt Thulestraße, wo es nicht nur um die Werkstätten, sondern auch um die Probebühnen geht, die übrigens bislang in der Rummelsburger Bucht in privaten Immobilien teuer angemietet werden.

Ich habe eine ganz konkrete Frage, weil da bin ich nicht firm: Wir reden, wie gesagt, über landesunmittelbar Beschäftigte. Wir haben eine Kündigung zum 31. Dezember. Ich frage mich: Was passiert eigentlich dann mit diesen Arbeitsplätzen? Natürlich sind das Menschen, die nicht kündbar sind – zumindest bei den Gewerken; wir reden nicht über das Ensemble –, unbefristete Arbeitsverträge, zumindest in den allermeisten Fällen. Das ist übrigens auch das Learning aus der Vergangenheit: Sie können Theaterbetriebe schließen wie damals das Schillertheater, aber Sie zahlen 15 bis 20 Jahre immer noch die Löhne der Beschäftigten. So viel zu den Einspareffekten! Aber was mich viel mehr interessiert: Wie kann das Land Berlin eigentlich bei landesunmittelbar Beschäftigten sagen: Wir kündigen oder lassen euch euren Arbeitsplatz kündigen? – Wo sollen die denn eigentlich arbeiten? Ich bin jetzt noch gar nicht bei den Auswirkungen auf den Theaterbetrieb – das ist eine kulturpolitische Frage –, sondern ich frage mich das rein arbeitsrechtlich. Vielleicht können Sie darauf eine Antwort geben. Denn das, was momentan zur Disposition steht, ist der Verlust von Arbeitsplätzen – nicht der Verlust von Stellen, sondern der konkreten Arbeitsplätze. Da würde ich sagen: Das kann nicht im politischen Interesse sein, das kann aber auch rechtlich nicht in Ordnung sein.

Last but not least will ich noch eine Frage stellen, weil die CDU – auch der Kollege Haustein – immer diesen Transformationsprozess und ergebnisoffene Gutachten lobt. Wir haben jetzt gerade rausgefunden, dass dieser sogenannte Transformationsfonds, für den in diesem Jahr 17 Millionen Euro zur Verfügung stehen sollten, von der Kulturverwaltung um 2,75 Millionen Euro gekürzt wird. Das ist der Anteil, der in die Auflösung der pauschalen Minderausgabe gehen soll. Politisch kommentiere ich das jetzt nicht. Ich hoffe, es ist Ihnen ordentlich peinlich. Aber was mich noch viel mehr interessiert: Was sind denn die konkreten Auswirkungen? Ich kann Ihnen meine Schriftliche Anfrage zeigen. Da waren diese 17 Millionen Euro exakt untersetzt, unter anderem für diesen Transformationsprozess, was die Stadttheater angeht. Jetzt fehlen 2,75 Millionen Euro. Wo kommt das Geld her oder auf welche Kosten geht es? Geht es etwa auf Kosten der Theaterbetriebe und des weiteren Prozesses? – Dann würde ich erst einmal einen Punkt machen. – Danke, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Immer wieder gern! – Herr Meyer!

Sven Meyer (SPD): Vielen Dank! – Es ist jetzt ein bisschen schwierig, muss ich ganz ehrlich sagen, durchzuschauen. Ich habe trotzdem noch ein paar Fragen. – Erst einmal vielleicht zu

Herrn Valgolio zum Thema Einsparungen: Ich möchte mal kurz etwas Positives sagen, durchaus auch im Kontext des Gorki Theaters. Seit 2022 gibt es einen Aufwuchs von fast 20 Prozent. Das interessiert mich natürlich: Wie kann es sein, dass die finanzielle Situation trotzdem so ist, wie sie ist? Vielleicht kann der Senat etwas dazu sagen. Das ist das Erschreckende bei der ganzen Geschichte, aber das heißt ja nicht, dass tatsächlich ausschließlich Einsparungen durch die aktuelle Regierung durchgezogen wurden. Trotzdem scheint da wirklich eine Schieflage zu sein. Wie passt das zusammen?

Ansonsten: meine Frage noch einmal zum Thema Ausbildung an der Volksbühne. Wie sieht es eigentlich aus? Sie hatten gerade gesagt, Ausbildung ist wichtig. Ich habe gehört, in der Volksbühne wird nicht weiter ausgebildet. Das, was noch läuft, läuft, aber weitere neue Ausbildungen gibt es nicht. Das ist natürlich ein echtes Problem, gerade im Kontext dessen, was wir hier propagieren, was wir wollen, was wir machen und auch durchgeführt haben.

Wir haben – das wurde jetzt dargestellt, ich möchte gar nicht auf die einzelnen Tarifverträge eingehen – grundsätzlich immer das Problem: Wenn ausgegliedert wird, wenn fremdvergeben wird, haben wir immer Probleme mit Tarifverträgen, grundsätzlich. Es gibt tatsächlich nichts, wo es irgendwo besser wird. Es wird immer schlechter. Deswegen haben wir auch im Koalitionsvertrag klar geregelt: Wir wollen keine Ausgründung, wir wollen keine Fremdvergaben. Das heißt, wir wollen im Grunde ein Direkteinstellungsgebot. Und dort, wo wir es haben, soll es auch bleiben.

Jetzt meine Frage an den Senat, in diesem Zusammenhang, angegliedert an das, was Herr Wesener gesagt hat: Wie ist die aktuelle Überlegung? Was ist jetzt geplant? Darum geht es ja letztendlich, hier eine Sicherheit und Perspektive zu geben. Was ist jetzt wirklich geplant? Wie können wir den Leuten jetzt eine Sicherheit und eine Perspektive geben mit dem, was im Koalitionsvertrag steht, nämlich dass nicht ausgegliedert wird, sondern dass es dort bleibt, wo es ist? Was ist jetzt die Perspektive, gerade auch im Kontext der finanziellen Ressourcen und Möglichkeiten, die bei der Volksbühne und beim Gorki Theater letztendlich vorhanden sind? Oder ist die Perspektive tatsächlich die Ausgliederung in den Bühnenservice, was wir im Koalitionsvertrag klar und deutlich gesagt haben: So etwas wollen wir nicht –?

Wie gehen Sie mit den Vorschlägen vom Gorki Theater und von der Volksbühne zusammen um? Herr Wesener hat gesagt, Sie haben sie gar nicht betrachtet und beachtet. Meine Frage wäre: Stimmt das? Ich kann es mir nicht vorstellen. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie Sie damit umgehen und wie weit Sie dort vielleicht auch bei Überlegungen sind, das auch umzusetzen.

Meine Frage an die Anzuhörenden: Sie haben über den Bühnenservice gesprochen, über das Gorki Theater. Wie sieht es denn finanziell aus? Haben Sie es mal durchgerechnet, was finanziell ressourcensparender ist? Sie haben genau diesen Vorschlag der Zusammenarbeit proaktiv gemacht. Sie und die Gewerkschaften wollen Ihre Arbeitsplätze behalten. Deswegen bin ich ein großer Fan der Mitbestimmung, weil ich davon ausgehe – und ich muss sagen, das sind auch die Erfahrungen –, dass dort auf jeden Fall immer Vorschläge kommen, wie Arbeitsplätze erhalten bleiben, wie man sie positiv gestalten kann, wie man tatsächlich auch Möglichkeiten der Effizienzsteigerung mitbekommt, und zwar inklusive guter Arbeitsbedingungen, weil es nur so funktioniert. Deswegen: großer Fan, logischerweise!

Von daher meine Frage an Sie: Welche Erfahrungen machen Sie mit dem Bühnenservice? Gibt es Überlegungen der Effizienz, wie ist Ihre Überlegung der Effizienzgestaltung, wenn es der Bühnenservice macht? Ich habe keine Ahnung. Gibt es dazu vielleicht auch Zahlen? Gibt es da vielleicht auch eine Datengrundlage? Dasselbe würde ich ganz gerne auch an den Senat richten, ob auch Datengrundlagen und Überlegungen vorhanden sind, in welche Richtung die Überlegungen gehen.

Und ansonsten wurde jetzt alles so weit gefragt. Vielleicht noch ein Punkt: Wenn jetzt also die Kündigung endgültig durch ist und Volksbühne und Gorki Theater beim Bühnenservice, bei der Opernstiftung raus sind, dann muss man sagen, dann fehlt denen Einnahmen von 160 000 Euro, weil das letztendlich die Gelder sind, die wegen den ganzen Nebenkosten fließen. Soweit ich verstanden habe, zahlen Sie trotzdem Nebenkosten? Die Nebenkosten werden nicht mehr getragen. Die Nebenkosten bleiben trotzdem bei der Opernstiftung. Die muss die Opernstiftung tragen, obwohl sie die nicht ausgeglichen bekommt. Das heißt also: Ist das ein Minusgeschäft für die Opernstiftung, oder ist es tatsächlich so: Na ja, dann ist es so, aber wir nutzen das sowieso selbst, wollen das nutzen –? Das wäre meine Frage. Wenn aber dann noch extern angemietet wird, kommen auf das Land Berlin zweimal Kosten, nämlich einmal die Opernstiftung, die dann die Nebenkosten selbst tragen muss, und dann gegebenenfalls die Anmietung vom Gorki Theater. Das würde sich eigentlich verdoppeln, soweit ich verstehe, aber ich bin kein Finanzier. Ich habe Philosophie studiert, von daher bin ich ein bisschen raus. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir haben noch eine Wortmeldung, bevor wir zur Antwortrunde kommen. – Herr Wapler, bitte schön!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, aus dem Verlauf der Debatte – und das werden wir gleich von den Senatsverwaltungen hören – wird deutlich, dass der Begriff „Gute Arbeit in den Landesbetrieben“ für die einen eine Verpflichtung und für andere eher eine Floskel ist. Besonders ärgerlich war für mich das Argument mit der Konsolidierung. Dieser Konsolidierungsdruck ist unbestreitbar, und zwar erst recht angesichts des haushaltspolitischen Trümmerfelds, das diese Koalition jedem Nachfolgesenat hinterlässt. Aber ich stelle fest: Unter schwarz-roter oder CDU-Führung scheint die Linie klar zu sein, die Beschäftigten für die Konsolidierung zahlen zu lassen. Das kann nicht die Lösung sein, und das ist auch kein neues Phänomen. Wenn wir über die Gefahr von Ausgliederungen sprechen, hatten wir das bereits bei der Charité, bei Vivantes, im ÖPNV, beim Besucherservice und beim Verkehrsmuseum. Das ist nichts Neues. Deshalb meine Frage: Wie ordnet sich die Kündigung der Werkstätten ein? Oder direkt gefragt: Was soll das werden, Frau Richter-Kotowski?

Das, was hier passiert, bedroht die Existenz des Gorki-Theaters, zum einen. Zum anderen ist die Auslagerung und Eingliederung der Werkstätten in zentrale Einheiten oder was auch immer geplant ist, tatsächlich ein Mittel zur Tariffucht. Vielleicht könnten die Vertreter des Gorki-Theaters und von ver.di noch einmal darlegen, wie die Beschäftigten in den Werkstätten und bei den landeseigenen Bühnen tariflich bezahlt werden und wie die Situation ist. Was droht tatsächlich, wenn die Pläne zur Ausgliederung umgesetzt werden? Das ist aus arbeitsmarktpolitischer Sicht wichtig. Dazu möchte ich tatsächlich mal eine Stellungnahme von SenASGIVA hören.

Hier sitzen drei Senatsverwaltungen, aber ich hätte gerne von der Senatorin eine Bewertung, wie sie die Situation einschätzt und welche Pläne die Senatsverwaltung für Kultur und Finanzen – die in dieser absurden Situation im Moment von einer Person geführt werden – dazu haben. Das betrifft auch den Streit um die Missachtung von Beteiligungsrechten. Vielleicht können Sie das noch einmal konkretisieren. Auch dazu würde ich mir eine Positionierung von SenASGIVA wünschen, wie der öffentliche Arbeitgeber mit Beteiligungsrechten umgeht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Beantwortung der Fragen beziehungsweise zu weiteren Statements. Frau Richter-Kotowski, Sie werden sich sicher einbringen wollen. – Herr Schyrocki, bitte schön!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Abgeordneten! Als ich die Einladung erhielt, fragte ich mich, warum die Senatsverwaltung für Finanzen in diesen Ausschuss kommt. Ich versuche, dieses Bild im Laufe der Debatte zu klären. Wir sind schließlich im Ausschuss für Arbeit und Soziales, und das sollte im Fokus stehen. Ich kann insofern nur die Eingangsworte von Herrn Meyer bestätigen: Dieser Koalition liegt sehr daran, Arbeitsplätze im Land Berlin zu sichern, zu erhalten, zukunftsfähig zu machen und fair zu bezahlen. Gute Arbeit gut zu bezahlen – wir sind in dieser Koalition dabei – das dürfte Ihnen nicht entgangen sein –, massive Fehlentscheidungen der Vergangenheit und vergangenen Regierungen mit erheblichem Aufwand an verschiedenen Stellen zu korrigieren.

Sie sprachen die LHO und die LHO-Betriebe an. Jetzt würde ich gerne einmal an die Steuerungsverantwortung erinnern, die wir immer im UABmc gemeinsam besprechen. Wir haben sowohl die Behörden als auch die Landesunternehmen aufgefordert, angesichts der herausfordernden finanziellen Lage Zukunftskonzepte vorzulegen, mit denen wir das Personal, über das wir uns freuen können, im Bestand sichern zu können. Dabei geht es darum, arbeitsorganisatorische Veränderungen vorzunehmen, die Beschäftigten für die moderne Arbeitswelt zu qualifizieren und dergleichen. Das sollte auch vor den Theatern in ihrer Effizienzüberlegung keinen Halt machen. Aus unserer Sicht – das ist nur meine externe Betrachtung – ist das ein selbstverständlicher Vorgang, dass man mal einen Vertrag kündigt, um eine zusätzliche Bereitschaft einzufordern und um ernsthaft zu verhandeln, welche Effektivitäten ich freilegen und welche Effizienzen ich nutzen kann. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass der Arbeitsplatz oder der Arbeitsort – lassen Sie uns lieber darüber sprechen – künftig wegfällt.

Zu Ihrer Frage, Herr Wesener, ob mit dem Wegfall des Arbeitsorts verbunden ist, dass auch die Arbeitsplätze wegfallen. Das ist arbeitsrechtlich nicht der Fall. Im Gegenteil: Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass ein gleichwertiger anderer Arbeitsort zur Verfügung steht, sofern der bisherige nicht mehr verfügbar ist. Dafür gelten die entsprechenden Verträge.

Ich glaube, wir sollten uns darauf – wenn man mal das politische Pleng-Pleng einmal außen vor lässt – beschränken, die tatsächliche Situation zu betrachten. In der Kultur ist das oft emotionaler aufgeladen als in anderen Bereichen, aber es handelt sich um einen normalen Vorgang, den wir in der Beteiligungsführung so sehen. Ich glaube, da kann man sich auch in der Kultur und beim Gorki-Theater nicht den Realitäten verschließen. Ich sehe die Panik, die öffentlich geschürt und in Pressemeldungen reproduziert wird, aber dass der Finanzsenator gleichzeitig Kultursenator ist, könnte auch eine Chance bieten, Dinge zusammenzuführen. Wir sehen bereits bei einigen großen Kulturprojekten in dieser Stadt, dass es wieder Bewegungen gibt, was die finanziellen Möglichkeiten und Perspektiven angeht, wie man etwas realisieren könnte. Insofern gibt es durchaus auch positive Effekte.

Ein weiterer Punkt, Herr Wesener: Sie haben angesprochen, dass es einmalig gewesen sei, dass der Hauptpersonalrat seine Rechte einklagen musste. Das ist nicht einmalig. Wir sind in einem ständigen Streit. Wir werden demnächst hoffentlich mit diesem Parlament ein neues Personalvertretungsgesetz beschließen, das im Hinblick auf die neuen Arbeitswelten viele neue Möglichkeiten bietet. Es ist ein großer Kompromiss in der Abwägung der verschiedenen Interessen. Dass auch mal der Klageweg beschritten wird – Herr Wesener, als ehemaliger Verwaltungsratsvorsitzender der Verwaltungsakademie, ist Ihnen genau das passiert; der Hauptpersonalrat hat die Beteiligung eingefordert, Sie haben das damals abgelehnt, und der Hauptpersonalrat hat dagegen geklagt –, ist also kein einmaliger Vorgang. Ich glaube, dass es in einem vertrauenswürdigen Miteinander zu vermeiden ist, das wir haben, aber diese Weg wird nach wie vor beschritten. Insofern appelliere ich an alle, in diesen Dialog zurückzukehren. Ich bin zuversichtlich, dass man auch bei den Werkstätten eine vertragliche Lösung finden wird.

Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski (SenKultGZ): Ich möchte das eine oder andere ergänzen. Ich habe das Gefühl, dass wir zu dem Thema dieselbe Debatte führen wie am Montag im Kulturausschuss. Sie haben vorhin nett darauf hingewiesen, dass man das Ganze nach-

lesen oder nachhören kann. Vielleicht sollte man das an dieser Stelle ausdrücklich tun. Ich möchte zwei Dinge hervorheben.

Das Maxim-Gorki-Theater, worauf sich der Hauptteil der Debatte heute fokussiert – hatte 2025 insgesamt 18,987 Millionen Euro. Im Jahr 2026 beträgt das Volumen 19,595 Millionen Euro. Das soll zur Einordnung dienen, wie das Maxim Gorki Theater derzeit aufgestellt ist. Diese beiden Positionen von den rund 19,5 Millionen Euro werden zwischen den beiden Intendanten monatsweise aufgeteilt – Sie wissen, dass wir zum 1. Juli einen Intendantenwechsel haben.

Der zweite Teil, der mir wichtig ist – und das ist exakt das, was auch Stefan Evers im Kulturausschuss am Montag ausdrücklich gesagt hat – ist, dass die Mietzahlungen der Werkstätten des Maxim Gorki an den Bühnenservice, nämlich 1 Euro pro Quadratmeter plus Betriebs- und Nebenkosten, nicht mehr zeitgemäß sind. Es geht darum, diese Werkstätten in das System der anderen Mieterinnen beim Bühnenservice zu überführen. Er hat aber auch deutlich gesagt, wenn Sie sich daran erinnern, dass die Diskussion darüber bereits 2025 begonnen wurde und es auch – um das auch noch einmal deutlich zu machen – die Unterschrift der ehemaligen Senatorin gibt, die in diesem Fall gilt, sodass die Kündigung ausgesprochen worden ist. Das dient allerdings – das hat Stefan Evers auch deutlich gemacht – dazu, beide Verhandlungspartner an den Tisch zu bringen. Bisher gab es, vorsichtig gesagt, keine große Verhandlungsbereitschaft.

Darum geht, und das werden wir selbstverständlich begleiten. Das habe ich im Kulturausschuss auch zugesagt. Die ersten Gespräche mit dem Bühnenservice haben bereits stattgefunden, und ich bin guter Hoffnung, dass wir eine Lösung finden werden, die es dem Maxim Gorki ermöglicht, die Werkstätten weiterhin beim Bühnenservice anzumieten, sodass man dann, wenn man über einen Stufenplan redet, die notwendigen Mittel in den nächsten Doppelhaushalt einbringen kann.

Um das auch noch einmal deutlich zu sagen: Wir müssen natürlich prüfen, wo wir an verschiedenen Stellen – dazu dient der Transformationsfonds und das vorliegende Gutachten – effektive Möglichkeiten finden. Das haben Sie, Frau Stritt auch noch einmal sehr deutlich gemacht, dass es Unterschiede zwischen den einzelnen Bühnenbildern, Theatern oder Opern gibt. Auf der anderen Seite: Wenn man sich anschaut – wenn meine Vorbereitung korrekt ist –, dass beim Maxim Gorki derzeit 29 Vollzeitstellen und bei der Volksbühne 35 besetzt sind – zumindest ist das das, was mir vorbereitet wurde –, kann man sicherlich gemeinsam prüfen, wie man auch in den von ihnen gemeinsam genutzten Werkstätten effektive Möglichkeiten erreichen kann. Es geht im Augenblick nicht darum, durch die Kündigung – wie Sie es formulieren – ein Austrocknen der Werkstätten des Gorki-Theaters oder der Volksbühne zu erreichen. Es geht darum, gleiche Bedingungen zu schaffen, die die anderen Theater bereits seit Langem bei der Miete zahlen. Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist klar. Das ist aber sehr intensiv im Kulturausschuss behandelt worden.

Ich wollte noch einige Punkte aufgreifen: Frau Stritt, Sie haben ein Zentrum dargestellt, wie man sich das vorstellen kann. Wenn ich es richtig verstanden habe, schwebt Ihnen vor, das an der Thulestraße zu realisieren. Ich war nicht vor Ort, aber mir wurde gesagt, dass das, was Sie sich vorstellen, an dieser Stelle zu klein ist. Das Thema Rummelsburger Bucht wurde eben-

falls angesprochen. Auch dafür denken wir über Lösungen nach, die ich hier in öffentlicher Sitzung aber noch nicht besprechen möchte. Aber auch dafür gibt es Überlegungen.

Ein weiterer Punkt ist die Ausbildung: Es ist richtig, dass die Ausbildung fortgeführt werden soll. Wir haben mit der 50-prozentigen Weiterfinanzierung erreicht, dass die bestehenden Ausbildungsplätze ausfinanziert sind und bis zum Ende an den jeweiligen Theatern gemacht werden können. – [Zuruf] – Ich mache erst einmal das. – Wir haben derzeit 26 Auszubildende in verschiedenen Bereichen wie Tischlerei und Bühnenplastik an der Volksbühne, am Maxim Gorki sind es die Schlosserei und Tischlerei. Die sind definitiv ausfinanziert. Neue Auszubildende müssen die Häuser wie alle anderen Häuser aus ihren Personalmitteln finanzieren. Das ist aber etwas, was in allen anderen Bereichen gleichermaßen gilt. Hier kam es nur darauf an, die bestehenden Ausbildungsverhältnisse für die Häuser definitiv auszufinanzieren.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielleicht ganz kurz von mir, weil Herr Wapler nach meiner Grundhaltung fragte, glaube ich. Meine Grundhaltung ist, dass Gute Arbeit einer der wesentlichen Grundsätze meines Hauses der SenASGIVA ist. Tarifverträge sind ein wichtiges und wirksames Instrument, um gute Arbeit zu erreichen. Und natürlich ist die Mitbestimmung ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Dann kommen wir zurück zu unseren Anzuhörenden. – Bitte schön!

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Zunächst würde ich gerne auf die Frage von Herrn Pätzold antworten – oder besser gesagt auf die Unterstellungen, wie ich das sehe. – Ich bin sehr beeindruckt, Herr Pätzold, wie Sie meine politische Haltung aus meinem Text heraus analysiert haben. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass ich voll auf dem Standpunkt – – [Zuruf] – Ja, alles gut! Dass Sie daraus schließen, was ich steuerpolitisch und so weiter denke, finde ich interessant. Sie haben mich nach prekärer Beschäftigung an den Theatern gefragt und was ich damit meine: Ich meine damit, dass an den Theatern – und das ist für die Personalvertretungen oft ein Problem – mit sehr vielen unterschiedlichen Arbeitsverträgen gearbeitet wird. Wir haben nicht nur den Tarifvertrag des Landes, sondern auch den Normalvertrag Bühne, der sich wieder auf NV Solo, NV Gast und NV Bühnentechnik unterteilt. Wir haben verschiedenste Verträge am Haus, die bei Weitem nicht alle die Sicherheit des TV-L bieten. Diese Kolleginnen und Kollegen sind besonders bedroht, auch bei einer Ausgliederung. Deren Arbeitsplätze sind keinesfalls sicher. Diese Arbeitsverhältnisse können jederzeit beendet werden, indem eine Nichtverlängerung ausgesprochen wird.

Wenn Sie uns unterstellen, dass wir nur Kulturpolitik kritisieren und keine Gegenvorschläge bringen, dann haben Sie meiner Kollegin Claudia Stritt nicht zugehört. Unser Gegenvorschlag ist ein gemeinsames Probebühnen- und Werkstattzentrum, das kein Produkt einer Fusion mit dem Bühnenservice wäre, sondern aus der Zusammenlegung der Werkstätten zweier Häuser, die von ihrem Profil und ihrer Art und Weise zusammenzuarbeiten wirklich gut zusammenpassen. Wir versprechen uns davon wesentlich positivere Effekte als bei einer Zusammenlegung mit dem Bühnenservice – um es vorsichtig auszudrücken – und was das Einzahlen von Mietzahlungen angeht.

Noch ganz kurz an Frau Richter-Kotowski, weil Sie angesprochen haben, dass es auch andere Mieterinnen beim Bühnenservice gibt: Die gibt es nicht. Die einzigen, die beim Bühnenser-

vice ein Mietverhältnis haben, sind die Werkstätten des Gorki. Das Deutsche Theater als Sprechtheater nimmt zwar seine Bühnenbilder dort ab, aber es ist kein Mieter des Bühnenservice im eigentlichen Sinne.

Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski (SenKultGZ): Das haben Sie richtig gesagt. Allerdings ist es so, dass die BIM – und daran orientieren die die Miethöhen – von anderen Häusern entsprechende Mieten verlangt. Da haben Sie recht. Ich habe da vielleicht einen falschen Vergleich gezogen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich habe Sie ansonsten auch noch einmal auf die Redeliste genommen. – Bitte!

Tom Streidl (Maxim Gorki Theater): Okay! – Was den einen Euro angeht: Wir haben mitbekommen, dass Herr Evers das angestaubt genannt hat. Ich habe das vorhin eigentlich schon referiert. Ich komme darauf zurück: Das Gorki zahlt seit 2008 – bevor es beim Bühnenservice war – 1 Euro Miete. Das war politischer Wille, weil das Gorki 2008 die damals belegten Flächen im Schillertheater für die Werkstätten aufgrund der Sanierung der Staatsoper abgeben musste. Dass das Gorki nun im Bühnenservice untergebracht ist, war ebenfalls politischer Wille. Das Gorki wurde quasi dazu gezwungen, dort einzuziehen. Das war weder der Wunsch des Gorki noch des Bühnenservices. Deshalb plädieren wir für eine langfristige Lösung, die diese Situation nachhaltig löst, und zwar im Interesse beider Häuser und auch deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Bitte schön, Frau Stritt!

Claudia Stritt (ver.di Betriebsgruppe Volksbühne): Ich möchte etwas zu den Ausbildungsplätzen sagen. Obwohl die Ausbildungszulage weggefallen ist, wird es in der nächsten Spielzeit an der Volksbühne weiterhin Auszubildende in der Tischlerei, in der Elektrotechnik und in der Veranstaltungstechnik mit Schwerpunkt Beleuchtung geben. Es ist uns auch – ich bin auch stellvertretende Frauenvertretung – weiterhin wichtig, diese Ausbildungsplätze zu finanzieren, wenn es auch aus dem hauseigenen Budget ist, um den Frauenanteil in der Theaterbranche zu erhöhen. In bestimmten Bereichen findet das leider nicht statt.

Was auf jeden Fall passieren würde, wenn die Werkstätten in den shared Service [phonet.] überführt würden: Die dort Beschäftigten sind schlechter eingruppiert, und es gibt keine Hauptstadtzulage. Wenn die beiden Werkstätten aufgelöst oder im shared Service [phonet.] fusioniert werden sollen, wird es mit Sicherheit zu Entlassungen kommen. Ich sage Ihnen: In der Kostümabteilung ist der Frauenanteil sehr hoch. Es trifft wieder die Menschen, die noch mit der Care-Arbeit zu tun haben. Das ist mein Statement dazu. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Dann habe ich jetzt noch einmal Herrn Wesener, Herrn Meyer und dann noch einmal Frau Richter-Kotowski. Danach kann der Senat gerne noch einmal in Gänze antworten, wenn er möchte. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte noch einmal zwei, drei Sätze zu Ihnen, Herr Schyrocki, sagen. Ihre Beschreibung des Ganzen als – Zitat – Pling-Pling fand ich unangemessen. Ich kann nachvollziehen, dass das Probleme sind, die eine Finanzverwaltung nicht zentral bewegen. Dafür habe ich Verständnis, aber Ihnen muss klar

sein: Hier geht es um round about 200 Beschäftigte des Landes Berlin beziehungsweise um Vollzeitäquivalente, zum einen die Mitarbeit in den Werkstätten, aber auch die Beschäftigten des Gorki Theaters, deren Arbeit existenziell bedroht ist, und zwar zum 31. Dezember. Herr Schyrocki, das ist der aktuelle Status quo. Es wurde eine Kündigung ausgesprochen, und Sie hätten heute die Gelegenheit gehabt, zu klären, wie es weitergeht. Herr Meyer und Herr Wappler haben gefragt, wie es jetzt weitergeht. Diese Chance haben Sie nicht genutzt.

Ich glaube, Herr Schyrocki, wir haben beide eine Meinung dazu, dass der aktuelle Finanzsenator auch Kultursenator sein muss. Mir tut das herzlich leid, dass die CDU niemanden gefunden hat, mir tut das auch für Herrn Evers herzlich leid, aber dafür können die Beschäftigten nichts, und es interessiert auch niemanden, wie die verschiedenen Zuständigkeiten innerhalb des Senats wahrgenommen werden. Denn – so habe ich das zumindest gelernt, Herr Schyrocki – der Senat spricht mit einer Stimme. Ich kann Ihnen genau sagen, wo Ihre Zuständigkeiten liegen beziehungsweise die Ihrer Verwaltung und Ihres Dienstherrn: Stichwort Aufsichtsrat, aber auch Stichwort Budgetierung. Das Gleiche gilt für Frau Richter-Kotowski und die andere anwesende Fachverwaltung, die wahrscheinlich am wenigsten direkte Beteiligungs- und Einwirkungsmöglichkeiten hat. Am Ende spricht der Senat mit einer Stimme, und deshalb richten sich die Fragen an Sie insgesamt. Wir erwarten dementsprechend einstimmige Antworten.

Ich glaube, es hat diesen Ausschuss sehr interessiert, was Sie mit der Novelle des Personalvertretungsgesetzes verbinden – offenbar ein Abbau von Beteiligungsrechten des Hauptpersonalrats. So habe ich das verstanden. Das wird sicherlich noch diskutiert werden. Ansonsten möchte ich Ihnen nahelegen: Schauen Sie sich noch einmal die Unterlagen an. Der Konflikt zwischen dem Hauptpersonalrat und der Verwaltungsakademie war einer unter meinem Vorgänger. Ich glaube, wir haben das später ganz gut hinbekommen – das zur Erinnerung.

Ich möchte auf das zu sprechen kommen, worum es uns geht, Frau Staatssekretärin, und das sind gleiche Bedingungen. Sie haben von gleichen Bedingungen gesprochen, und nichts anderes wollen wir. Natürlich kann man sagen, dass man 15 Jahre Praxis einer Überlassung unter Wert falsch findet oder zumindest nicht fortsetzen will. Da bin ich als ehemaliger Finanzpolitiker sehr verständnisvoll, aber wenn man das so sieht – und das ist übrigens auch eine Entscheidung des Stiftungsrats, das kann Herr Evers im Selbstgespräch mit sich lösen, ob er das nicht doch fortsetzt – und auf das reguläre System umstellt, Frau Staatssekretärin und Herr Schyrocki, dann bitte auch zu den regulären Bedingungen. Die haben wir im Mieter-Vermieter-Modell, und die haben wir auch bei privaten Anmietungen. Wir können das gerne durchgehen. Das sind nicht nur Kultureinrichtungen, sondern auch Behörden, Rathäuser und so weiter, wo gemietet wird und die das nicht aus dem Fachbudget bezahlen, sondern wo das zugewiesen und im Rahmen der Haushaltswirtschaft verrechnet wird. Diese gleichen Arbeitsbedingungen sind in der Tat in Gefahr. Das möchte ich auch einmal transparent machen. Das ist für diesen Ausschuss vielleicht ganz interessant. Die haben wir im Bereich der Infrastrukturkosten und da gilt das nicht nur für die Miete, sondern auch für die Betriebs- und Nebenkosten. Die Finanzverwaltung hat die sogenannte BIM-Miete beziehungsweise Fortschreibung der Betriebs- und Nebenkosten zuletzt auf 2 Prozent gedeckelt. Das bedeutet, die realen Kosten sind alle höher als die Vorauszahlungen. Wir haben derzeit ein Defizit von 5 Millionen Euro. Das sind Rückzahlungsforderungen an die Kulturbetriebe, bei denen unklar ist, Herr Schyrocki, wer sie ausgleicht: das Land Berlin, die Fachverwaltung oder die Betriebe? Das ist ein Systembruch.

Der zweite Systembruch: In den letzten zwei Jahren galt eben nicht Tarifausgleich für alle, sondern 2025 wurde der Tarifausgleich mindestens im Kulturbereich nur anteilig vorgenommen.

Und das dritte, was ich ansprechen möchte – das dürfte Sie als Fachpolitikerin interessieren – ist die Hauptstadtzulage. Ich rede jetzt nicht, Herr Schyrocki, über die Verfahren, die Sie alle verlieren werden, so wie gegen die Hochschulen. Sie werden auch gegen die Stiftung Technikmuseum und Stiftung Topographie des Terrors verlieren. Das ist absehbar. Was Sie zusätzlich machen, ist eine Diskriminierung innerhalb der einzelnen Betriebe. In diesem Fall LHO-Betriebe, in denen einige Beschäftigte die Hauptstadtzulage erhalten und andere aufgrund tariflicher Bedingungen nicht. Ich muss Ihnen wirklich sagen: Ich finde es skandalös, dass wir uns zwischenzeitlich in Landesbetrieben – wir reden nicht von Zuwendungsempfängern in eigener Rechtsform, sondern von LHO-Betrieben – eine Zweiklassengesellschaft der Beschäftigten leisten, nach dem Motto: Ihr bekommt die Hauptstadtzulage, und ihr nicht. – Das kann nicht gerecht sein und kann sozialpolitisch nicht gewollt sein.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Wesener! – Wir haben jetzt Herrn Meyer, Herrn Haustein und dann Frau Richter-Kotowski. Ich mache einen Hinweis: Wir haben eine Tagesordnung, die noch Punkte wie das Wahlrecht für Obdachlose, Soziales, die Situation von Auszubildenden, Bereich Arbeit, und zwei Anträge auf der Tagesordnung hat. Die Sitzung geht noch bis 12.00 Uhr. Alles, was wir nicht behandeln, behandeln wir dann nicht. Es ist Ihre Sache, aber ich darf feststellen, dass wir heute ein Thema behandeln, das eigentlich nicht in diesen Ausschuss gehört. Ich merke, Sie versuchen es immer wieder, ein bisschen in den Arbeitsausschuss hineinzuziehen. Das ist auch sehr loblich, dass Sie diese Verbindung herstellen. Primär gehören diese Diskussionen aber in den Kulturausschuss beziehungsweise in den Hauptausschuss. Das können Sie dann selbst entscheiden. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir in etwa fünf bis zehn Minuten mit dieser Anhörung fertig sind. – Bitte schön, Herr Meyer!

Sven Meyer (SPD): Ich mache es auf jeden Fall kürzer als Herr Wesener, versprochen. Ich muss sagen, ich finde es trotzdem wichtig, das hier zu behandeln. Am Ende geht es um gute Arbeit, um Arbeitsplätze und um das Vertrauen in den Staat. Das ist enorm wichtig, und deshalb ist es richtig, dass wir das hier behandeln. Noch einmal herzlichen Dank an alle, die dabei sind!

Und da noch einmal meine Frage an den Senat: Verstehe ich Sie richtig? Die Perspektive der Beschäftigten ist auf jeden Fall gesichert. Sie wissen nur noch nicht, wo. Können Sie das vielleicht noch einmal deutlich machen? Das eine ist das Versprechen, dass die Perspektive gesichert ist, und dass Sie darum kämpfen und zusichern können, dass es einen Ort gibt; Sie wissen nur noch nicht genau, wo. Das wäre gut, wenn Sie das und die Ausfinanzierung hier versichern könnten. Wenn es nicht ausfinanziert ist, haben wir ein Problem. Diese Versicherung zu haben, wäre mir wichtig, weil es letztendlich darum geht, Vertrauen, Zutrauen und die Perspektive zu haben.

Was ich nicht ganz verstehe – vielleicht können Sie das noch einmal erläutern: Sie haben mehrfach gesagt, der Vertrag sei nicht zeitgemäß. Ich muss gestehen, ich kenne Mode, die nicht zeitgemäß ist. Vielleicht können Sie noch einmal erklären, was Sie unter nicht zeitgemäß verstehen? Warum ist es nicht zeitgemäß? Das ist für mich ein nichtssagender Begriff.

Das wäre schon gut zu wissen, warum es hier nicht richtig ist, das zu tun. Gibt es dafür spezifische Argumente? Zeitgemäß – wie gesagt, ich kenne Wetter, was zeitgemäß oder nicht zeitgemäß ist, oder Mode.

Das Zweite, da möchte ich gerne noch einmal nachhaken, weil ich den Ablauf nicht verstehe, ist für mich insofern wichtig, weil es hier um Vertrauen in den Staat geht, und das ist eines der großen Probleme.

Wir haben auf der einen Seite eine Stiftung öffentlichen Rechts, wo beide Senatsverwaltungen im Stiftungsrat sitzen und am Ende dem ganzen Procedere zustimmen, und wir haben einen LHO-Betrieb, der eng an die Senatsverwaltung angegliedert ist. Warum konnte man das denn nicht – wenn sowieso klar ist, wir wollen, wissen noch nicht genau, wie die Struktur ist, aber wir machen das –, im Vorfeld kommunikativ regeln, im Ablauf regeln, damit diese Unsicherungen gar nicht erst auftreten? Das erscheint mir irgendwie schräg. Anstatt, dass zwei Landesbetriebe, wo ich in beiden drin bin, aufeinander zulaufen und zu dieser Situation kommen: Wie geht es überhaupt weiter? –, was ich ja auch noch nicht weiß. Es ist mir jetzt noch nicht klar, wie es weitergeht. Das erscheint mir sehr eigen, und für das Vertrauen in den Staat nicht zuträglich. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Das hätte man doch innerhalb des letzten Jahres – und das geht ja seit einem Jahr – wirklich regeln können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Zum Abschluss Herr Haustein!

Dennis Haustein (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Als interessiertes Mitglied des Kulturausschusses und des Hauptausschusses habe ich mich heute auch mal hier reingemogelt, weil in der Tat die Beschäftigung und diese Übergänge, die es vielleicht gäbe oder nicht gäbe, aus kulturpolitischer Sicht total interessant sind. Die Zahlen, die Dimensionen, mit denen wir nachher konfrontiert sind, egal, welche Koalition nachher existieren wird, hat Prof. Pätzold schon ausgeführt.

Ich wollte mich noch mal melden, weil mir gerade klargeworden ist, hier fehlt aktuell noch der Bühnenservice, und so ein bisschen wird der Bühnenservice ja als der Dämon im Raum hingestellt, wo das Schwarze Loch ist, alles wird schlecht, alles geht kaputt. Ich will noch mal daran erinnern, im Bühnenservice allein – bei den Kostümbildnern, Maskenbildnern, den ganzen Werkstätten – arbeiten 220 Leute, und da wird so getan – so ist zumindest bei mir der Eindruck aufgekommen –, dass die alle in ganz schlechten und falschen Arbeitsbedingungen arbeiten. Ich glaube, beim Maxim Gorki sind 25 Personen beschäftigt, die im Werkstatt- und Bühnenbildbereich tätig sind, in der Volksbühne 37,4 Personen. Noch mal zum Vergleich: 220 Leute, und auch, wenn man vergleicht, wie jetzt die Arbeitsbedingungen sind, dann kann man bei den unterschiedlichen Eingruppierungen, bei den Urlaubsansprüchen, bei Lohnfortzahlung und so weiter marginale bis gar keine Unterschiede wahrnehmen – [Zuruf Robert Wolf (Maxim Gorki Theater): Falsch!] –, und ich sehe hier auch gerade bei der Hauptstadtzulage, die im Bereich der Opernstiftung beziehungsweise des Bühnenservice nicht gezahlt wird, dass es da auch eine temporäre Zulage gibt, die der Höhe der Hauptstadtzulage entspricht. Vielleicht sollte man das auch nicht weglassen, wenn man versucht, die einen zu dämonisieren und die anderen zu überhöhen. Ich verstehe total – und deswegen bin ich auch sehr gern mit dem Maxim Gorki und mit der Volksbühne im Gespräch –, dass da viele Emotionen dranhängen. Da hängen viele Emotionen dran, weil zum Selbstverständnis dieser beiden Bühnen auch die eigenen Werkstätten gehören.

Jetzt bin ich aber auch deswegen in der CDU, weil wir nicht dem lauterem Argument, sondern dem inhaltsstärkeren Argument zuhören. Wir haben da – und das ist jetzt so ein bisschen untergegangen – eine externe Untersuchung, die jetzt extern evaluiert, welche Synergieeffekte gibt es vielleicht bei einem gemeinsamen Bühnenservice und oder bei einem gemeinsamen Theaterbetrieb, wie auch immer man das nachher definieren will. Das werden wir uns genau anschauen. Da würde ich einen Teufel tun, externe Menschen, die viel mehr Expertise haben als ich, als wir wahrscheinlich alle in dem Bereich, und sich hoffentlich damit jetzt ordentlich

befasst haben – davon gehe ich aus –, dass ich dem vorweggreife und jetzt sage: Die einen haben Recht, die anderen haben Unrecht! Wahrscheinlich wird es am Ende irgendwo in der Mitte liegen. Ich bin gespannt. Vielleicht kann uns Frau Richter-Kotowski noch mal sagen, wann diese externe Evaluation ungefähr abgeschlossen ist und wann wir mit einem Urteil, mit einem Ergebnis rechnen können.

An Frau Stritt die Frage: Sie hatten diesen großen, bunten Strauß an Sachen aufgetan, wie Sie sich vorstellen könnten, dass eine gemeinsame Kooperation Maxim Gorki – Volksbühne gut funktionieren könnte. Könnten Sie uns noch mal sagen, was Sie da ausgerechnet haben, was das Preisschild für diese Investitionskosten wäre? – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Richter Kotowski! – Danach haben Sie noch mal ganz kurz das Wort. – Bitte, der Senat kann gern antworten!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Wir sprechen hier mit einer Stimme.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Richtig.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Wesener, bei aller Hochachtung für Ihre kulturpolitische Expertise und Ihr kulturpolitisches Engagement und vielleicht auch Ihre persönliche Karriereplanung, ich will einfach nur mal ganz kurz klarstellen, dass das Landespersonal – egal ob in den LHO-Betrieben oder im unmittelbaren Dienst – tagtäglich im Fokus meiner Arbeit steht und dass wir daran sind, dass in die Zukunft zu übertragen, dass es hier nicht darum geht – den Begriff Pling Pling habe ich in diesem Zusammenhang nicht benutzt –, irgendwas zu relativieren oder dergleichen. Wir haben verschiedene Herausforderungen. Da ist aber auf beiden Seiten eine große Flexibilität gefordert, um das letztendlich auch tragfähig für die Zukunft zu machen. Das ist nicht nur ein finanzieller Aspekt, sondern es ist auch eine Bereitschaft zur Mobilität, zur Flexibilität, zur Bereitschaft zur Qualifizierung und sich auf neue Strukturen einzustellen.

Das PersVG – auch das will ich noch einmal klarstellen –, was das Abgeordnetenhaus hoffentlich noch in dieser Wahlperiode erreichen und beschließen wird, ist in der Tat ein guter Kompromiss mit vielen Impulsen, die wir von den Gewerkschaften, vom Hauptpersonalrat und dergleichen bekommen haben. Natürlich ist es immer ein Aushandeln dessen, was machbar ist: Sind es Verfahrenshindernisse, die wir eher aufbauen, oder Verfahrenserweiterungen, oder sind wir auch da in einer Zeit – gerade wenn wir uns an Stellenbesetzungsprozesse erinnern –, wo wir schneller werden? Insofern sind, glaube ich, die Instrumentarien, die wir mit dem PersVG geschaffen haben, nicht mit einer Einschränkung von Mitbestimmungsrechten verbunden, im Gegenteil. Ich habe ja auch gesagt, gerade bei New Work und dergleichen gibt es hier viele neue Möglichkeiten der Beteiligung. Das ist ein guter Kompromiss. Auch das wollte ich noch einmal klarstellen.

Sie haben in der Tat das Vermieter-Mieter-Modell angesprochen, und das ist insofern auch eine Antwort an Herrn Meyer: dass natürlich alle Betriebe, die irgendwo in Einrichtungen sind, die zum Landesvermögen gehören, auch in ihren Wirtschaftsplänen abbilden sollten, was Sie denn für Betriebskosten aufwenden müssen. Insofern auch die Aussage des Finanzsenators, dass das vielleicht nicht mehr ganz zeitgemäß ist, weil diese Transparenz hier nicht vorhanden ist, denn wir subventionieren aus einem anderen Titel, aus dem Landesvermögen,

eine Kultureinrichtung. Das würde auch der Transparenz, die das Abgeordnetenhaus von uns erwartet und der Klarheit und Wahrheit unseres Landeshaushalts eigentlich widersprechen. Insofern ist das der richtige Weg, dass man hier auch zu einer Abbildung im Wirtschaftsplan kommt.

Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski (SenKultGZ): Um jetzt vielleicht noch abzuschließen, Dennis Haustein hatte gefragt: Die Untersuchung wird noch vor der Sommerpause dem Haus vorgestellt werden, und das entsprechende endgültige Gutachten zum Ende der Sommerpause dann auch im Kulturausschuss – so war es ja auch angekündigt – besprochen werden.

Noch mal zu Ihrer Frage, ich wiederhole mich, und das ist auch das, was Stefan Evers gesagt hat: Im Augenblick geht es darum, beide Parteien – in Anführungszeichen – wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen, und das ist das, was jetzt offensichtlich auch passiert. Ich habe vorhin auch gesagt, dass die ersten Gespräche dazu schon mit dem Bühnenservice geführt worden sind. Ich bin da guter Hoffnung, dass wir zum 31. Dezember ein für alle Seiten tragbares Ergebnis bekommen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Jetzt haben Sie zum Abschluss noch kurz das Wort. Bitte nach Möglichkeit kurz! – Danke!

Robert Wolf (Maxim Gorki Theater): Ich versuche, mich kurz zu halten. – Einmal zur Eingruppierung beim Bühnenservice: Die Unterschiede sind nicht marginal. Für einen Handwerker ein Bruttounterschied zwischen 220 und 330 Euro für die gleiche Tätigkeit, das empfinde ich nicht als marginal.

Dann hatten Sie noch gefragt, ob es Zahlen zu diesem Vorschlag gibt, den Frau Stritt unterbreitet hatte. Ja, die gibt es vom Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner. Der Bau des gemeinsamen Probe-, Bühnen- und Werkstattzentrums inklusive Gästewohnung würde laut Architekturbüro 57 Millionen Euro kosten, und wir haben in der Erstellung des Initiativantrages auch durchaus Personalkosten einsparen können. Dem stehen momentan 1,2 Millionen Euro gemeinsame Mietzahlungen gegenüber, ohne Mietzahlungen mit einzubeziehen, die in der Zukunft höher sein werden. Das ist für uns ein zukunftsicheres und tragbares Konzept, ein gemeinsames Zentrum zu bauen und dadurch nie wieder in die Pflicht zu kommen, Miete zahlen zu müssen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Danke schön! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann darf ich feststellen, dass wir am Ende unserer Anhörung sind, und ich gehe davon aus, dass wir diese auch abschließen und nicht vertagen. – Abschließen? – Danke! – Alles andere wäre unlogisch.

Haben Sie vielen Dank dafür, dass Sie heute da waren, und SenFin begrüßen wir gern bei jeder Sitzung. Ganz oft tangiert es SenFin. Auch vielen Dank, dass unsere Anzuhörenden heute hier waren. – Haben Sie noch einen schönen Tag. Sie dürfen gern ins Kühle flüchten.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0339](#)
Wahlen für Obdachlose
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) ArbSoz
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0310](#)
Drucksache 19/2560
Wahlen für Alle – Inklusion auch am Wahltag ermöglichen! ArbSoz
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
Aktueller Stand und Zukunft des
Ausbildungsmarktes
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) ArbSoz
Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.06.2023
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0117](#)
Ein Auszubildendenwerk für Berlin – Für mehr
Qualität und bessere Wohnmöglichkeiten in der
Ausbildung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) ArbSoz
Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.03.2025
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0242](#)
DGB-Ausbildungsreport – Auswertung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ArbSoz

Vertrag.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0338](#)
Drucksache 19/3179
Gestärkt in die Wechseljahre – Arbeitsbedingungen verbessern ArbSoz(f)
IntGleich*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 19/3269

**AV-Wohnen sozial weiterentwickeln und an die
Realität des Berliner Mietmarkts anpassen**

[0341](#)

ArbSoz(f)

StadtWohn

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.